



Konferenzbericht

**Anpassung an den Klimawandel
Neue Strukturen internationaler
Zusammenarbeit als Ausdruck
globaler Verantwortung?**

Berliner Sommerdialog 2011

27.–28. September 2011, Berliner Rathaus

Einleitung

Das einstige Zukunftsszenario Klimawandel ist mittlerweile Realität geworden, auch wenn die Auswirkungen weltweit stark variieren. In den besonders verwundbaren Regionen ist eine Anpassung an die bereits eingetretenen und zu erwartenden klimatischen Einschnitte bereits heute unabdingbar. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei der jährlich stattfindenden Conference of the Parties (COP): Spielte in den ersten Jahren nach Verabschiedung der UN-Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) 1992 vor allem die Mitigation von Emissionen eine vorherrschende Rolle bei den Konferenzen, geht der Trend inzwischen immer mehr in Richtung Anpassung.

Wie diese konkret ausgestaltet sein sollte, hängt dabei in erster Linie von den jeweiligen Bedürfnissen und lokalen Gegebenheiten ab. Denn nicht alle durch den Klimawandel besonders betroffenen Gebiete sind auch besonders verwundbar: Während Industrieländer dank ihrer finanziellen Stärke und des technologischen Know-hows den Auswirkungen des Klimawandels entschlossen entgegenzutreten können, fehlen vielen Entwicklungsländer die entsprechenden Mittel und institutionellen Rahmenbedingungen. Als besonders verwundbar gelten neben den kleinen Inselstaaten im Pazifik daher vor allem die ärmeren Länder Afrikas.

Wie diese Staaten die Anpassung an den Klimawandel am besten bewältigen können, worin sie dabei Unterstützung benötigen und welche Herausforderungen, aber auch Chancen ein solcher Kampf mit sich bringen kann, wurde beim diesjährigen Berliner Sommerdialog der Stiftung Entwicklung und Frieden diskutiert. Mit dabei waren internationale Referenten aus der afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Kommission und der Zivilgesellschaft. Auf den folgenden Seiten sind die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz dokumentiert.



Karin Kortmann

Inhalt

Einleitung	3
Anpassung vor Ort – eine Frage des Überlebens	4
Ein globaler Rahmen	7
Anpassungsfinanzierung: Mobilisierung neuer Ressourcen	9

Anpassung vor Ort – eine Frage des Überlebens

„Klimawandel ist in erster Linie ein lokales Phänomen“, zeigte sich Dr. Keith Alverson, Koordinator der Climate Change Adaptation and Terrestrial Ecosystem Branch beim Um-



Keith Alverson

weltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi, überzeugt. Globale Prognosen seien nicht ohne weiteres auf regionaler oder lokaler Ebene anwendbar. So steige der Meeresspiegel zwar weltweit gesehen; in einigen Gebieten, wie etwa an der Westküste Nordamerikas, ziehe

sich der Ozean aber zur gleichen Zeit zurück. Die natürliche Varianz sei sehr groß, und der Einfluss des Klimawandels dementsprechend vornehmlich eine lokale Herausforderung. Es sei diese Ebene, an der sich Lösungsansätze zu orientieren hätten, betont Alverson.

Finanziell würden vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) entsprechend weit mehr lokale und nationale Projekte zur Verringerung von Verwundbarkeit unterstützt, als internationale Strategien und Programme. Mit der Anpassung an den Klimawandel sollen Menschen und Systeme in die Lage versetzt werden, negative Auswirkungen der veränderten klimatischen Bedingungen zu begrenzen und neue Chancen zu ergreifen.

Die Projekte sollten sich, wo möglich, am jeweiligen Ökosystem orientieren. Küstenschutz beispielsweise sei sowohl durch Deichbau als auch durch den Schutz von Korallenriffen möglich. Da Deiche aber nicht an der gesamten Küstenstrecke errichtet werden könnten, scheint die auf dem Ökosystem basierende zweite Lösung zielführender und rein technischen Ansätzen vorzuziehen, so Alverson. Gerade auch in der Landwirtschaft sowie im Wasser- und Energiemanagement seien Verbesserungen notwendig, erläuterte Dr. Fatima Denton, Leiterin des Programms zur Anpassung an den Klimawandel in Afrika beim International Development Research Centre (IDRC) in Dakar. Es gelte, eine „falsche Verwendung“ der natürlichen Ressourcen durch alte, nicht an die neuen Verhältnisse angepasste Anbaumethoden zu vermeiden.

Vor allem aber müsse das Bewusstsein für den Bedarf an Anpassungsmaßnahmen geschaffen werden, betonte Dr. Hermann Fickinger, Leiter des Programmbüros der Internationalen Klimaschutzinitiative von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Berlin. Genau wie die internationale Ebene



Andreas Jung, Klaus Brückner und Fatima Denton (v.l.n.r.)

brauche jedes Entwicklungsland seine eigene Anpassungsagenda. Der Zeitdruck dafür sei enorm hoch. Dabei müssten Anpassungsmaßnahmen als komplexe Transformationsprozesse verstanden werden. Der soziokulturelle Hintergrund dürfe hinter den ökologischen und wirtschaftlichen Fragen nicht zurücktreten. Dazu gehört auch die Bewahrung lokalen Wissens, für die sich vor allem Denton stark machte. Die traditionellen Erfahrungen der Bevölkerung müssten mit Forschungsergebnissen kombiniert werden und in neue Strategien einfließen. Noch fehle es Afrika bei der Wissensgenerierung aber an genügend eigenen Forschungseinrichtungen und so spiele der Wissens- und Technologietransfer aus den Industrie- und Schwellenländern bis heute eine wichtige Rolle. Zukünftig müsse jedoch besonders der interregionale, afrikanische Wissensaustausch gefördert werden.



Fatima Denton

Lokale Erfolgsgeschichten

In ihrer Keynote stellte Fatima Denton verschiedene Projekte vor, die alle in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Einrichtungen und der Bevölkerung durchgeführt wurden und werden. In Benin werden auf die Jahreszeiten bezogene Prognosen als lokale Frühwarnsysteme genutzt, wodurch eine Sensibilisierung für Anpassungsstrategien geschaffen und praktische Informationen über Vegetationsperioden vermittelt werden. In Kapstadt werden Strategien für ein sparsameres Wassermanagement für die Wirtschaft und den privaten Verbrauch entwickelt. An Marokkos Küsten werden der steigende Meeresspiegel und die damit verbundenen Gefahren wie Überflutung und Stürme beobachtet, mögliche Szenarien durchgespielt und

danach Entwicklungspläne daran angepasst. In Kenia werden Viehhirten, deren Lebensgrundlage durch die zunehmende Wasserknappheit immer mehr gefährdet ist, in Kooperation der Zugang zu Weideland in den Nachbarländern Äthiopien und Uganda ermöglicht. Verknüpfte Umsetzungen von endogenen und exogenen Neuerungen führten in Burkina Faso zu einem höheren landwirtschaftlichen Ertrag; dabei wechseln Kleinbauern die unterschiedlichen Anbausorten mit verbessertem Saatgut und wenden zusätzlich das traditionelle Zai-System an. Bei der Anwendung des Zai-Systems werden Löcher gegraben, mit organischem Material gefüllt und danach bepflanzt; das erhöht die Fruchtbarkeit des degradierten Bodens und ist zusätzlich Wasser und Dünger sparend. In Zimbabwe erhöht der Diskurs zwischen Kleinbauern und Wissenschaftlern das Verständnis der Bauern für die Einflüsse des Klimawandels.

Für Fickinger sind solche Erfolgsgeschichten wichtig, um Anpassung voranzutreiben und sich den Rückhalt in den lokalen Gemeinden und der hiesigen Industrie zu sichern. „Handeln zeigen, schafft mehr Handeln“, drückte es Anne Hammill, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am International Institute for Sustainable Development in Chate-laine, aus. Remy Paris, Leiter der Abteilung für Umwelt und nachhaltige Entwicklung bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Joseph Yaro

(OECD) in Paris, warnte jedoch davor, bei der starken Betonung der lokalen Ebene die Rolle der nationalen Regierung und Verwaltung zu unterschätzen. Sie ist es, die für ihr Land die Leitlinien bezüglich der Anpassung vorgibt. Um Anpassung attraktiv zu gestalten, müsse eine Brücke zwischen solchen einzelnen Erfolgsgeschichten und der strategischen Ausformulierung von Anpassungskonzepten geschlagen werden, forderte auch Fickinger. Besonders hohe Priorität hätten auf nationaler Ebene die NAPAs (National Adaptation Programmes of Action), die einen eigenen Anpassungsplan für Entwicklungsländer bieten sollen.

Für Ghana, führte Dr. Joseph Yaro als Co-Autor der nationalen Anpassungsstrategie an den Klimawandel aus, stellen die steigenden Temperaturen das zentrale Problem des Klimawandels dar. Flüsse und Seen trockneten aus, dies geschehe schnell und käme für die Bevölkerung

oft überraschend. Darum habe man sich bei der Erstellung der ghanaischen Anpassungsstrategie zuerst einmal an den Prognosen des IPCCs (Intergovernmental Panel for Climate Change) für Ghana orientiert. „Wir haben uns angeschaut, was in den letzten 30 Jahren geschehen ist und dann das, was laut IPCC in Zukunft passieren soll. Damit stand die Frage im Raum: Wie können wir darauf reagieren?“, erzählte Yaro. Man versuche, den Einfluss des Klimawandels in Ghana zu verstehen und die nötigen Instrumente für die Anpassung zu sammeln. Besonders wichtig sei es gewesen, dass sich die nationale Strategie an den lokalen Bedürfnissen und den Ressourcen orientiert, die zum Leben gebraucht werden: Wasser, Boden, Energie. Um diese künftig gerechter zu verteilen, seien Wissen, starke Institutionen und eine engagierte und kohärente Politik unverzichtbar. Dies sei, so Denton, nicht nur eine Frage der Moral, sondern auch langfristige Konfliktprävention.



Anne Hammill, Sven Harmeling, Keith Alverson und Remy Paris (v.l.n.r.)

Ein globaler Rahmen

Dabei könnten eine Institutionalisierung von Anpassung, ein allgemeiner Strukturrahmen und Leitlinien helfen. Viele der Teilnehmer sahen vor allem die Möglichkeit zum Austausch von Erfahrungswerten zwischen der lokalen, regionalen, nationalen und globalen Ebene und die Koordinierung der Maßnahmen als wichtigstes Ziel für einen Governance-Rahmen an. Allerdings, so war häufig zu hören, müsse sich auch eine globale Rahmenpolitik an den lokalen Problemen orientieren. Laut Alverson müsse sie daher gemäß dem Bottom-up-Prinzip organisiert sein und sollte vor allem eine Kontrollfunktion wahrnehmen, um die Umsetzung von allgemeinen Standards zu gewährleisten. Die Einrichtung einer von oben herab oktroyierten globalen Anpassungspolitik sei „reine Zeit- und Geldverschwendung“. Auch Sven Harmeling, Teamleiter Internationale Klimapolitik bei Germanwatch in Bonn, erwartete von einem weltweiten Governance-Rahmen in erster Linie, dass er bei der Führung von Dialogen helfe und dazu beitrage, lokale Projekte passend zu den dortigen Bedingungen durchführen zu können. Fatima Denton hoffte vor allem auf ein Rahmenwerk, das die notwendige Information nicht nur über das Ende eines Projekts hinaus speichert, sondern diese auch systematisiert. Erst dadurch sei es möglich, Erfolge und Misserfolge in der Anpassung überhaupt messbar zu machen. Das anlässlich der COP 16 in Cancún beschlossene Cancún Adaptation Framework könne solche Entwicklungen, darüber herrschte weitgehend Einigkeit, künftig begünstigen. Gemäß den Beschlüssen soll es dabei helfen, Anpassungsstrategien zu erfassen und über die Ebenen hinweg zu koordinieren. So sollen die Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels neben der Bereitstel-



Anne Hammill

lung von Finanzen u.a. auch die am wenigsten entwickelten Länder bei der Anpassungsplanung und dem Mainstreaming unterstützen. Konkrete Maßnahmen werden hingegen in nationaler oder regionaler Verantwortung geplant und umgesetzt. Aber gerade in den Bereichen Bewusstseinsbildung, Capacity-building und dem Dialog zwischen den einzelnen Akteuren gebe es noch viele offene Fragen, merkten einzelne Teilnehmer an.

„90 Prozent der Anpassungsarbeit sind Denkprozesse und Konzeption“, so Anne Hammill. Darin involviert ist nicht zuletzt die Europäische Kommission. „Verschiedene Regionen, die mit den gleichen Problemen kämpfen, könnten durch den Dialog gegenseitig voneinander lernen“, gab sich Rosário Bento Pais, Leiterin des Bereichs Anpassung bei der Generaldirektion Klimapolitik der Europäischen Kommission in Brüssel überzeugt. Davon profitierten nicht nur Entwicklungsländer, sondern auch Europa. Gezielter Austausch müsse beispielsweise durch Kooperation zwischen gut und weniger gut entwickelten Städten, die von den gleichen Auswirkungen durch den Klimawandel betroffen sind und somit ähnliche Anpassungsstrategien anwenden können, gefördert werden.

Auch China, das für die afrikanische Wirtschaft immer wichtiger würde, sollte in Anpassungsüberlegungen einbezogen werden, forderte Yaro. In Ghana beispielsweise hätten die Chinesen die



Hermann Fickinger und Joseph Yaro

Notwendigkeit von Anpassung begriffen und versuchten mittlerweile auf die vollkommen unterschiedlichen Herausforderungen im Norden und Süden des Landes einzugehen. Auch im Pazifikraum spielt China eine große Rolle, ergänzte Fickinger, der allerdings zu bedenken gab, dass die Kommunikation zwischen China und anderen Akteuren in Fragen der Anpassung noch immer schwierig sei. Die Chinesen würden zu Verhandlungen zwar immer eingeladen, verweigerten sich aber einer Koordination, indem sie nicht teilnahmen.

Anpassung gemeinsam denken

Voraussetzung einer erfolgreichen Anpassungspolitik sei ihre Verknüpfung mit anderen Politikfeldern waren sich die Experten des Sommerdialogs einig: Ein Mainstreaming von Anpassungsthemen etwa in den Bereichen von Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik schien ihnen unabdingbar. Es gelte, so Remy Paris, „die unterschiedlichen Ministerien mit an Bord zu holen“. In den von Anpassung betroffenen Politikfeldern müsse gemeinsam die Orientierungsfrage frei nach dem Motto „Wo geht die Reise hin?“ gestellt werden. Dabei müsse man

„das Rad nicht neu erfinden“, sondern könne von den Entwicklungskooperationen lernen, ergänzte Yaro, der sich dafür einsetzte, bereits vorhandene Strukturen zu überprüfen, zu verbessern und auch für die Anpassung zu nutzen anstatt neue Institutionen zu errichten.

Aus der Verknüpfung von Anpassungsfragen mit entwicklungspolitischen Themen könne jedoch ein Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Klimaschutz erwachsen, mahnte Alverson. Dieser werde verstärkt durch die global verbreitete Ansicht, Entwicklung sei einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukt (BIP) gleichzusetzen. Ein anderer Orientierungswert, der stärker auf Nachhaltigkeit eingehen würde, könnte hier Abhilfe schaffen. Auch die Migrationspolitik sei von Anpassungsfragen betroffen, führte Alverson aus. In den nächsten Jahren müsse man sich aufgrund von häufigeren Dürren und Überschwemmungen verstärkt auf Umweltflüchtlinge einstellen. Flucht sei schließlich „eines der ältesten und logischsten Anpassungsinstrumente“. Die Problematik solcher Flüchtlingsströme muss in die Diskussion um Anpassungspolitik stärker einbezogen werden, forderte auch Anne Hammill. Denn Flüchtlings-

ströme bergen, genau wie der Kampf um Ressourcen, ein hohes Konfliktpotenzial.

Bei der Umsetzung von Anpassung kommt es entsprechend nicht nur auf die Entwicklungsländer selber an, sondern auch auf die Strategien der Industrieländer, erinnerte Dieter Ernst, Staatssekretär a.D. und Mitglied des Vorstandes der



Dieter Ernst, Uwe Holtz, Hermann Fickinger und Joseph Yaro (v.l.n.r.)

RWL Water Group in Berlin. Problematisch sei dabei, dass sich gerade die Entwicklungszusammenarbeit zu sehr auf Einzelmaßnahmen konzentriere und oft zu inflexibel agiere. Regionale und lokale Gegebenheiten würden so zu wenig berücksichtigt. In diesem Punkt gebe es aber inzwischen Bewegung, ergänzte Fickinger: In

den letzten Jahren habe sich etwa die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sowohl auf politischer Ebene als auch bei der Durchführung weg von der weitverbreiteten „Projektitis“ hin zu größeren Programmen bewegt. Der Wissenstransfer würde dabei inzwischen gut funktionieren.

Anpassungsfinanzierung: Mobilisierung neuer Ressourcen

Bis 2020 muss der Green Climate Fund (GCF) stehen. Er soll die „Mutter aller Fonds“ werden, zumindest wenn es nach Aly Abou-Sabaa, dem Vorstandsvorsitzenden des Koordinierungsausschusses für Klimawandel bei der Afrikanischen Entwicklungsbank in Tunis, ginge. Der Fonds, dessen Einrichtung in Cancún beschlossen wurde, soll künftig die Finanzmittel zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel steuern. „Nicht leere Versprechungen, sondern feste, verbindliche Zusagen“ erhoffe er sich vom neuen Finanzierungsinstrument für Klimafragen.



Aly Abou-Sabaa

Auch Frank Fass-Metz, Referatsleiter Klimapolitik und Klimafinanzierung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Bonn, erwartet, dass der GCF auf höchster Ebene die verschiedenen bereits existierenden Fonds ergänzen und unterstützen wird. Wie genau die verschiedenen Fonds mit dem neuen Fonds interagieren sollen, wird das Transitional Committee for the Design of the Green Climate Fund festlegen. Das Ziel ist nicht geringer als die Etablierung einer klaren Finanzarchitektur auf globaler Ebene, die Ordnung und Struktur schaffe in einem bisher noch

sehr komplexen Fondssystem. Dabei sollen bereits etablierte Fonds, wie etwa der Adaptation Fund, nicht ersetzt werden, sondern dem GCF untergeordnet erhalten bleiben.

Ein eigener Anpassungsfonds für Afrika

Kleinere Fonds sollten unter Koordination des GCFs vor allem auf die speziellen Bedürfnisse der besonders anpassungsbedürftigen Länder eingehen. Einen solchen Fonds möchte, so trug Abou-Sabaa die Position der Afrikanischen Entwicklungsbank vor, diese auch für Afrika errichten. Der „African Green Fund (AGF)“ solle dabei nicht in Konkurrenz zum GCF

treten, sondern diesem als ergänzender, untergeordneter Fonds dienen. Das Geld für den afrikanischen Fonds käme aus dem GCF. Er solle, so Abou-Sabaa, den afrikanischen Ländern zur Selbstverwaltung eine jährliche Summe von zwei bis drei Milliarden Dollar zur Verfügung stellen. „Eine geringe Summe in Anbetracht des vorgesehenen Gesamtbudgets“, die aber „gezielt und konzentriert“ für afrikanische Bedürfnisse eingesetzt werden könne. Nur so könne der Kontinent im Bereich der Anpassung mit ei-

ner geeinten Stimme sprechen und den noch zu geringen Zugang zu globalen Fondsmitteln ausbauen. Ginge es nach Abou-Sabaa und seinen Kollegen, würde die AfDB die Verwaltung des AGF treuhänderisch übernehmen – so wie die Weltbank vorerst die Treuhänderschaft für den GCF erhalten soll. Die AfDB verstünde naturgemäß mehr von den besonderen Ansprüchen und Anforderungen afrikanischer Länder an Anpassungsprojekte als externe Akteure. Vor allem wisse man auch um die speziellen Herausforderungen des Kontinents bei der Projektentwicklung, so Abou-Sabaa. Dass die Umsetzung von Projekten in dieser Region oftmals länger brauche als andernorts, sei bei Finanzierungsfragen oft ein Problem gewesen. Denn ob ein Projekt finanziell bezuschusst würde, hänge sehr stark von der Leistungsfähigkeit und den Ergebnissen ab. Die Frage, welches Land und welche Region die Anpassungsprojekte am nötigsten bräuchten, trete dabei leider oft in den Hintergrund. Solch falsche Kriterien führten aber dazu, dass gerade die durch den Klimawandel verwundbarsten Regionen, die zum großen Teil in Afrika zu verorten sind, bei der Anpassungsfinanzierung übergangen würden.

Wegen der erhöhten Verwundbarkeit käme vor allem auf die Least Developed Countries (LDC) und die Small Island Developing States (SIDS) in Zukunft ein hoher ökonomischer, ökologischer und sozialer Druck zu, mahnte auch Bento-Pais. Darum unterstütze die EU innerhalb der Global Climate Change Alliance

(GCCA) genau diese Länder bei der Anpassung. „Wer heute handelt, zahlt letztlich weniger als der, der nichts tut“, erklärte sie, weshalb die EU rechtzeitige Anpassung als eine Investition in die Zukunft begreife. Die GCCA solle aber nicht nur die finanzielle Unterstützung erhöhen, sondern auch und vor allem Kooperation vertiefen und den Dialog ausweiten.

Vom Wert der Transparenz

Verwundbarkeit müsse das oberste Finanzierungskriterium werden, auch bei allen anderen Klimafonds, ergänzte auch Belynda Petrie, Geschäftsführerin von OneWorld Sustainable Investments aus Kapstadt. Afrika sei vom Klimawandel am stärksten betroffen, für den aber zum allergrößten Teil die Industrieländer verantwortlich sind. Leistungskriterien setzten da das falsche Signal. Gerade nach dem „Debakel von Kopenhagen“ 2009 müssten die Industrie- und Schwellenländer das verlorene Vertrauen wiederherstellen. Transparenz bei der Vergabe und der Verwendung von Finanzmitteln könnte

nicht nur Klarheit bei den Antragsstellern schaffen und Korruption reduzieren, sondern auch neue Glaubwürdigkeit herstellen. Besonders wichtig sei es dabei, Projekten direkten und einfachen Zugang zu Mit-



Belynda Petrie, Aly Abou-Sabaa, Imme Scholz, Frank Fass-Metz und Pieter Pauw (v.l.n.r.)

teln zu gewährleisten, damit Anpassungsprojekte so schnell wie möglich durchgeführt werden könnten, so Petrie weiter. Als positives Beispiel für eine transparente Vergabepaxis führte Fass-

Metz die Europäische Union an, die regelmäßig Berichte über ihre Klimafinanzierungsmaßnahmen veröffentliche. Transparenz, so ergänzte er, müsste aber auch für deren Steuerzahler gewährleistet sein. Wenn diese nicht wüssten, was mit ihrem Geld geschehe, wären weitere Zuschüsse politisch schwer vermittelbar.

Wie viel kostet Anpassung?

Weitere Gelder wird es aber unzweifelhaft brauchen. Der Beschluss von Kopenhagen, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu



Andreas Jung

stellen, sei daher „ein großer Schritt in die richtige Richtung“ gewesen, meinte Andreas Jung MdB, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung im deutschen Bundestag. Die deutsche Bundesregierung wappne sich für den Kampf gegen den Klimawandel

und unterstütze Entwicklungsländer aktiv in ihren Anpassungsbemühungen. Anpassung müsse dabei aus allen Perspektiven beleuchtet werden: ökologisch, ökonomisch und sozial. Schließlich sei die Klima-Frage die größte, akute Herausforderung dieses Jahrhunderts. Die Finanzierung von Anpassungsstrategien sei in der Verhandlungsstrategie der Bundesregierung für die COP 17 in Durban darum ein wichtiger Bestandteil. An die politische Verantwortung des Westens appellierte auch Karin Kortmann als neue Vorstandsvorsitzende der Stiftung Entwicklung und Frieden. Sie betonte abseits der konkreten Finanzierungsdebatte, dass die Bewältigung der Klimaprobleme vor allem vom politischen Willen abhinge – der zu oft fehle. Beschlüsse scheiterten zu oft an der Umsetzung: „Europa muss mehr als Lippenbekenntnisse

bieten!“ Die Industriestaaten als Hauptverursacher der Emissionen seien gehalten, bei der Anpassung in den Entwicklungsländern zu helfen.

Das Problem dabei sei, dass man noch nicht abschätzen könne, wie viel die Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen tatsächlich jährlich kosten werden, erläuterte Pieter Pauw, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“ beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn. Gleiches gelte für die Quantifizierung der durch den Klimawandel hervorgerufenen Schäden und die Folgen zu geringer Mitigationsfortschritte. Dass die in Cancún vereinbarten 100 Milliarden Dollar pro Jahr kaum ausreichen würden, um die vollständigen Kosten zu decken, sei aber zu erwarten. Auch sei der Anteil von bezuschussten Anpassungsprojekten im Vergleich zu Mitigationsbemühungen zu gering, kritisierte Pauw. Unklar sei zudem noch immer, wie Anpassungsprojekte in den Jahren zwischen 2012 und 2020 finanziert werden sollten. Für diesen Zeitraum seien von den Mitgliedsländern der UNFCCC keine Zusagen gemacht worden.

Kredit, Zuschüsse oder Kompensation?

In welcher Form die finanzielle Unterstützung geleistet wird, ob als Darlehen zu günstigen Konditionen oder als Zuschuss, ist ebenfalls noch nicht entschieden, führte Pauw aus. Wenn man bedenke, dass die Industrienationen nicht nur für den hohen CO₂-Ausstoß hauptverantwortlich sind, sondern wirtschaftlich enorm von ihm profitiert hätten, könne man unmöglich von Krediten als Finanzierungsmittel sprechen, wandte Dieter Reinhardt vom Institut für Entwicklung und Frieden (NEF) ein. Für Kredite fehle jede Legitimation, es müsse sich vielmehr um Kompensationszahlungen handeln. Fass-Metz warf ein, dass in den Konventionen nir-

gendwo von Kompensation die Rede sei und diese Art der Finanzierung auch sicher nicht durchsetzbar wäre. Zuschüsse und zusätzliche Kredite unter günstigen Konditionen seien der richtige Weg. Gerade Zuschüsse können auch bei einem erfolgreichen Capacity-building helfen, ergänzte Abou-Sabaa.

Abgesehen von der Frage, wie und unter welchen Bedingungen die Mittel verteilt werden könnten, diskutierten die Teilnehmer des Som-



Pieter Pauw

merdialogs auch, wer die Gelder aufbringen solle. Verlässliche Zusicherungen von festgesetzten Summen seien, so war man sich einig, auch in Zukunft für die Planungssicherheit unabdingbar. Bei der Finanzierung könnten Steuern und Abgaben eine Rolle spielen, auch wenn sie naturgemäß unbeliebt und schwer durchsetzbar seien, so Pauw. Möglich wären auch internationale Steuererhebungen im Luft- und Seeverkehr. Ausreichend Mittel für den neuen Fonds aufzutreiben könnte aber auch deswegen schwierig werden, weil multilaterale Fonds, wie der GCF, in der Regel durch die eingeschränkteren Einflussmöglichkeiten bei den Geberländern eher unbeliebt seien, warnte Fass-Metz. Intensiv diskutiert wurde anschließend, inwiefern Geberländer die Anpassungsfinanzierung ihrer Official Development Assistance (ODA) zurechnen könnten. Es sei wichtig, dass die höheren Zuschüsse für Klimaschutz oder Anpassung im Staatshaushalt nicht einfach umetikettiert und an anderer Stelle eingespart würden, mahnte Petrie und erhielt dafür viel Unterstützung anderer Teilnehmer.

Privatsektor: Chance und Risiko

Betonen die Entwicklungsländer immer wieder die Verantwortung der staatlichen Geldgeber aus den Industrienationen, so verweisen diese zunehmend auch auf die Rolle des privaten Sektors als innovative Finanzquelle, skizzierte Pauw aktuelle Diskussionen. Natürlich stecke im Privatsektor großes Potenzial, er könne als eine zusätzliche Finanzquelle betrachtet werden, erklärte Pauw. Die Wirtschaft böte aber zu viel Risiko, um als stabile und verlässliche Lösung für die Finanzierungsfrage zu gelten. So könne man sich auf die Industrie als dauerhaft stabilen Partner in Sachen Finanzierung nur schwer verlassen. Auch deshalb, weil die Leistungsfähigkeit des Privatsektors in Entwicklungsländern bisher noch verhältnismäßig gering sei. Petrie hingegen zeigte sich überzeugt, dass der Privatsektor künftig einen großen Anteil an der Finanzierung übernehmen solle und könne. Schon heute gäbe es viele Beispiele für privatwirtschaftliche Unterstützung beim nachhaltigen Umgang mit Wasser. Unternehmen sei sehr daran gelegen, Anpassung finanziell zu fördern, da sie selbst davon profitieren könnten, so Petrie. Fass-Metz warnte auch angesichts der noch unklaren Finanzierung des GCF davor, den Privatsektor bei der Finanzierung außen vor zu lassen. Ernst pflichtete Petrie bei, dass es bereits viele Unternehmen gibt, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und in Anpassungsprojekte in Entwicklungsländern investieren. Dies sei „natürlich auch ein Image-Aspekt“, vor allem aber „eine knallharte wirtschaftliche Entscheidung“: Bei der Standortsuche fielen so etwa schon heute potenzielle Standorte weg, die null bis einen Meter über dem Meeresniveau lägen. Bei Standorten zwischen einem und zwei Meter oberhalb des Meeresspiegels könne man sich noch ein wenig Zeit lassen, falls die Gewinnrate als groß genug eingeschätzt würde. In anderen

Regionen stelle sich für die Wirtschaft oft auch die Frage, woher man in Zukunft Wasser beziehen könne. Insgesamt investiere der Privatsektor vornehmlich in Entwicklungsländer, die durchdachte Entwicklungs- und Anpassungsstrategien vorzeigen könnten. Neben den Unternehmen müsste aber auch die Gesellschaft umdenken: Solange niedrige Kosten oberster Maßstab bei der Produktion seien, ginge Wirtschaft deutlich zu Lasten von Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen. „Die Philosophie des niedrigsten Preises“ muss aber ein Ende haben, forderte Ernst.

Der private Sektor ist nicht nur aufgrund von Investitionen wichtig, fügte Yaro hinzu. Unter Berücksichtigung der Wirtschaft würde auch deutlicher, was überhaupt für anpassungsorientierte Entwicklungsprojekte notwendig wäre. Der Privatsektor leiste im Normalfall außerdem eine dauerhafte Unterstützung der Bevölkerung, während politisch motivierte Anpassungsprojekte vielleicht irgendwann beendet würden. Gut vorstellbar sei es, dem Privatsektor die Möglichkeit zu geben, bestimmte an-

passungsrelevante Produkte umweltverträglich zu entwerfen und diese dann von einem Fonds oder der Regierung subventionieren zu lassen.

Anpassung als Chance für faire internationale Beziehungen?

Die Anpassung an den Klimawandel wird das Verhältnis zwischen traditionellen Entwicklungs- und Geberländern in Zukunft weiterentwickeln, prognostizierte Professor Uwe Holtz. Weil Entwicklungsländer heute handeln müssten, bringe ihnen das Thema Anpassung eine eigene, von den Geberländern unabhängige Agenda. Der Zwang könnte den Staaten damit die Chance bieten, eine weltweite Vorreiterrolle in Anpassungsstrategien zu übernehmen, ergänzte Fickinger. Und dies wiederum, so beschloss Dr. Michèle Roth als Geschäftsführerin der SEF den Berliner Sommerdialog 2011, könnte langfristig zu einer neuen und gerechteren Form der internationalen Zusammenarbeit generell führen. Echtes ownership im Bereich Anpassung wäre dafür ein erster Grundstein.



Rosário Bento Pais und Michèle Roth (v.l.n.r.)

Konferenzbericht zum
Berliner Sommerdialog 2011

Veranstaltet von der Stiftung
Entwicklung und Frieden (SEF).

Autorin: Julia Held
Redaktion: Sabine Gerhardt
Layout: Gerhard Süß-Jung



In Kooperation mit:

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit
(GIZ), Bonn/Eschborn

Beirat "Entwicklungszusammen-
arbeit" bei der Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Technologie und Frauen,
Berlin

Landesstelle für Entwick-
lungszusammenarbeit der Senats-
verwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Frauen, Berlin

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Society for International
Development (SID), Berlin Chapter

Gefördert durch:

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Frauen, Berlin

Bonn, Dezember 2011